



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Henze, A.; Teuscher, M.: Umweltrelevante Einstellungen und instrumentelle Präferenzen im Bereich der Agrarumweltpolitik. In: Hagedorn, K.; Isermeyer, F.; Rost, D.; Weber, A.: Gesellschaftliche Forderungen an die Landwirtschaft. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 30, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1993), S. 103-115.

UMWELTRELEVANTE EINSTELLUNGEN UND INSTRUMENTELLE PRÄFERENZEN IM BEREICH DER AGRARUMWELTPOLITIK

- Eine empirische Untersuchung auf der Basis der politischen Ökonomie -

von

Arno HENZE* und Micha TEUSCHER*

1 Theorie der Politischen Ökonomie der Umweltpolitik

1.1 Umwelt als öffentliches, ökonomisches Gut

Die Betrachtung der ökonomischen und ökologischen Funktionen der Umwelt und ihrer Gütereigenschaften zeigt, daß es sich bei den Umweltgütern um unterschiedliche Ausprägungen öffentlicher Güter handelt, die aufgrund fehlender bzw. begrenzter Rivalitäten in der Nutzung und/oder fehlender bzw. begrenzter Möglichkeiten, den Ausschluß unerwünschter Nutzer zu realisieren, Allokationsprobleme auslösen. Da diese Güter nicht bzw. nicht in effizienter Weise durch den Markt bereitgestellt werden, sind politische Entscheidungen erforderlich.

1.2 Umweltpolitische Akteure und deren Zielsetzungen

Die Akteure der Umweltpolitik können als Einfluß-, Entscheidungs- und Umsetzungsträger auf die Umweltpolitik wirken. Die wichtigsten Einflußträger, die die Willensbildung in der Agrarumweltpolitik prägen, sind die Landwirte (Wähler), die landwirtschaftlichen Berater (Agrarverwaltung), die landwirtschaftlichen Berufsverbände (Wirtschaftsverbände) und die politischen Parteien. Die politische Entscheidung erfolgt durch die Abgeordneten der im Parlament vertretenen Parteien (die Regierung) und ihre Umsetzung durch die Regierungsadministration und nachgeordnete Verwaltungsbehörden.

Grundannahme der Theorie der Neuen Politischen Ökonomie ist, daß alle am Willensbildungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozeß beteiligten Gruppen und Institutionen Eigeninteressen verfolgen und den damit verbundenen Nutzen zu maximieren versuchen. Während die Wirtschaftssubjekte und deren Verbände die Maximierung finanzieller Renten anstreben, orientieren sich die Handlungen der Parteien an der Maximierung der Wählerstimmen bei der nächsten Wahl, und die Administration ist vor allem an der Ausdehnung ihres Kompetenzbereiches interessiert. Der Politischen Ökonomie zufolge werden alle an der Umweltpolitik beteiligten Akteure versuchen, ihre umweltrelevanten Handlungen im Sinne ihrer Zielsetzung zu treffen.

1.3 Umweltrelevante Einstellungen und instrumentelle Präferenzen

Auf der Grundlage der Theorie der Neuen Politischen Ökonomie sind daher von den an der Umweltpolitik beteiligten Gruppen und Institutionen differierende Einstellungen zum Umweltproblem zu erwarten. Da umweltpolitische Maßnahmen die Verteilung von Verfügungs-

* Prof. Dr. A. Henze, Institut für Agrarpolitik und Landwirtschaftliche Marktlehre der Universität Hohenheim, 70593 Stuttgart

Dr. M. Teuscher, AFC Agriculture and Food - International Consulting GmbH, Gluckstr. 9, 53115 Bonn

rechten an Umweltgütern tangieren und das Nutzenniveau der von der Umweltpolitik betroffenen Gruppen und der die Umweltpolitik gestaltenden und umsetzenden Institutionen in unterschiedlicher Weise verändern, werden die instrumentellen Präferenzen der verschiedenen Gruppen und Institutionen differieren. Es ist zu erwarten, daß ökologisch wirksame und ökonomisch effiziente umweltpolitische Instrumente wie institutionalisierte Verhandlungslösungen, Umweltabgaben und handelbare Zertifikate von den betroffenen Wirtschaftssubjekten, Interessenverbänden und Politikern eher abgelehnt werden, weil sie allokativ Anpassungsprozesse und Änderungen der funktionalen und personellen Einkommensverteilung bewirken. Als Ersatzlösung für politisch nicht durchsetzbare Umweltabgaben dienen meist Finanzhilfen und Steuererleichterungen mit umweltpolitischen Anreizfunktionen. Außerdem werden Normen (Auflagen) und Verbote präferiert. Verhandlungslösungen werden mit dem Argument der fehlenden Realisierung meist nicht in Erwägung gezogen.

2 Empirische Untersuchung der umweltrelevanten Einstellungen und instrumentellen Präferenzen

2.1 Befragung von Landwirten

Die Befragung der Landwirte stützt sich auf Interviews mit 160 Landwirten in der Region Kraichgau in Baden-Württemberg.

2.1.1 Umweltrelevante Einstellungen der Landwirte

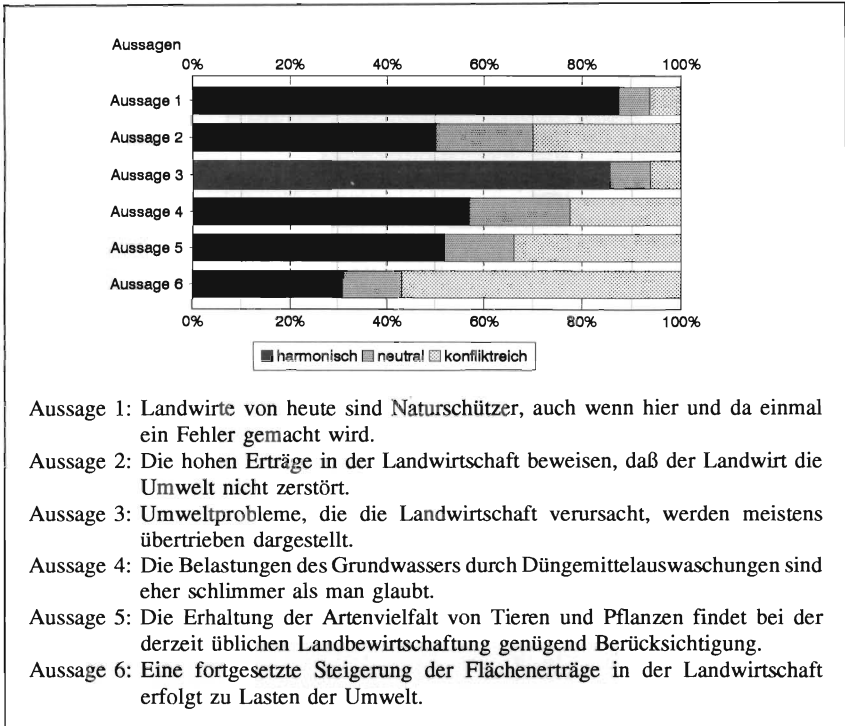
Die Einstellungen der Landwirte zur Umwelt wurden durch Fragen, die sich auf die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt erstrecken, ermittelt. Wie die Befragungsergebnisse in Abb. 1 zeigen, wird die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt von den Landwirten mehrheitlich als konfliktarm bewertet. Schädigungen der natürlichen Umgebung und Belastungen des Grundwassers durch den Betriebsmitteleinsatz werden von den meisten Landwirten nicht gesehen.

Um mögliche Probleme der Landwirte im Zusammenhang mit dem Betriebsmitteleinsatz näher zu identifizieren, wurden die Landwirte zu ihren Einstellungen gegenüber möglichen nachhaltigen Konsequenzen des Betriebsmitteleinsatzes für Mensch und Natur befragt. Wie Abb. 2 verdeutlicht, bereiten beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Optimierung des Einsatzzeitpunktes und die Vermeidung der Windabdrift am häufigsten Probleme, während die Schädigung von Wasser und Pflanzen weniger häufig als Problem gesehen wird. Wie Abb. 3 zeigt, werden beim Einsatz von Wirtschafts- und Mineraldünger am häufigsten die Ermittlung der Nährstoffe im Wirtschaftsdünger und des Nährstoffpotentials im Boden sowie die Geruchsbelästigung bei der Ausbringung des Wirtschaftsdüngers und die Optimierung des Düngezeitpunktes als Problem gesehen, weniger dagegen die Schädigung des Wassers und noch weniger die Schädigung der Pflanzen.

2.1.2 Instrumentelle Präferenzen der Landwirte

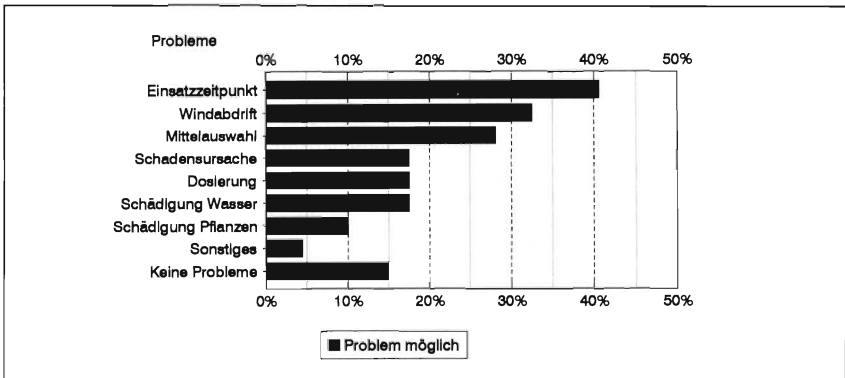
Aufgrund der geringen Wahrnehmung bestehender Umweltbelastungen ist zu erwarten, daß die Bereitschaft der Landwirte, finanzielle Einbußen durch umweltpolitische Maßnahmen hinzunehmen, nur sehr schwach ausgeprägt ist. Vielmehr werden - wie in der Untersuchung von TEUSCHER (1993) dargestellt - Subventionen in Form von Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen und Extensivierungen als gerechtfertigt angesehen.

Abb. 1: Bewertung der Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt durch die Landwirte



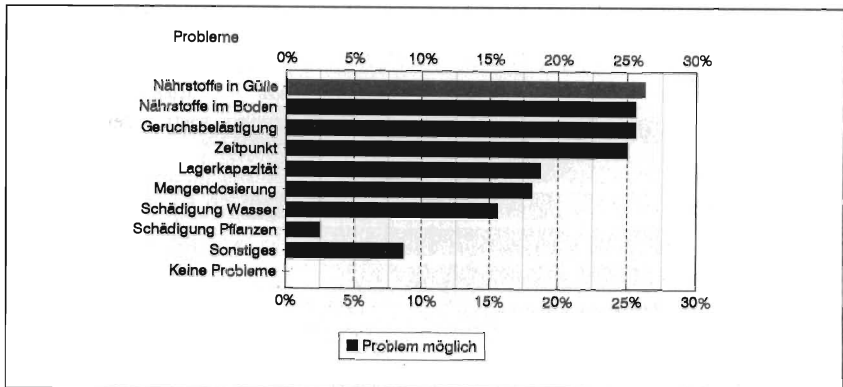
Quelle: TEUSCHER, 1993.

Abb. 2: Probleme der Landwirte beim Pflanzenschutzmitteleinsatz



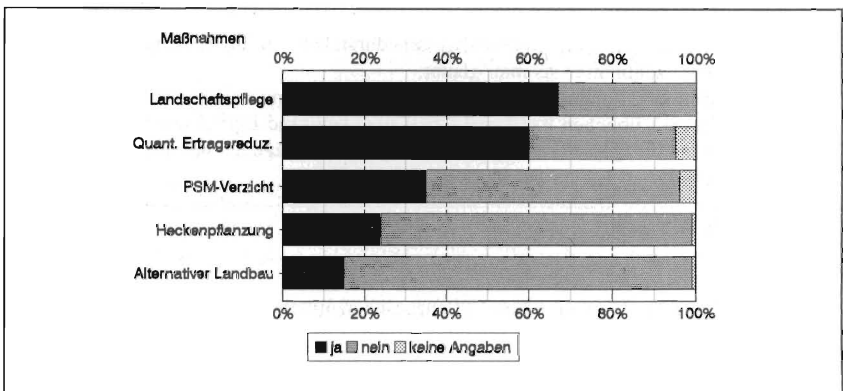
Quelle: TEUSCHER, 1993.

Abb. 3: Probleme der Landwirte beim Einsatz von Wirtschafts- und Mineraldünger



Quelle: TEUSCHER, 1993.

Abb. 4: Teilnahmebereitschaft der Landwirte an der Landschaftspflege, am EG-Extensivierungsprogramm und anderen Umweltschutzmaßnahmen



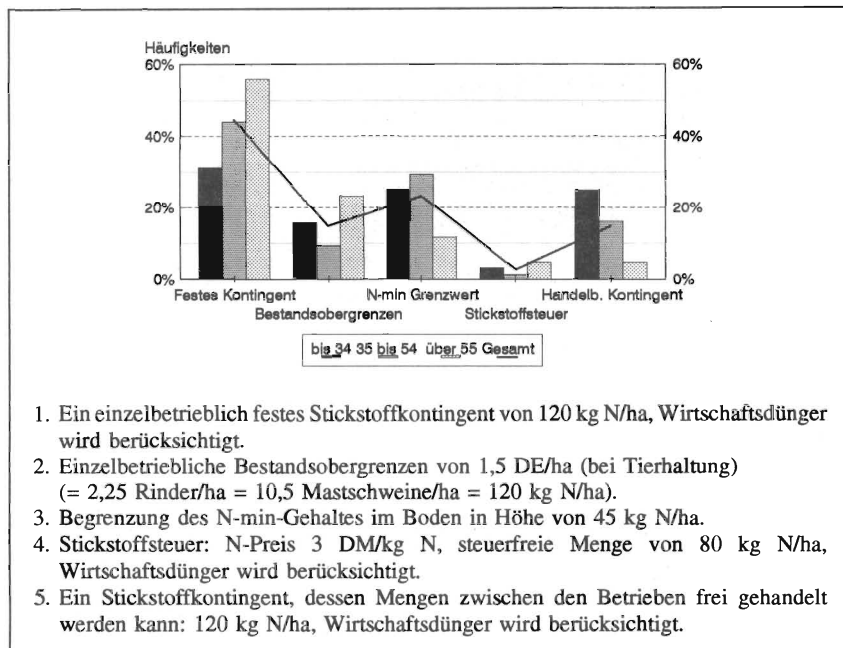
Quelle: TEUSCHER, 1993.

Die Teilnahmebereitschaft der Landwirte an der Landschaftspflege, am EG-Extensivierungsprogramm und anderen Umweltschutzmaßnahmen verdeutlicht Abb. 4. Die Teilnahme an der Landschaftspflege erfolgt unter der Voraussetzung, daß die Leistung bezahlt wird. Bei der Extensivierung werden je dt Ertragsreduzierung (Getreide) 25 DM gewährt, bei Verzicht auf Pflanzenschutzmittel 300 DM/ha.

Abb. 5 enthält Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffdüngung, bei denen die Kosten der Anpassung an eine umweltgerechtere Bewirtschaftungsweise ganz oder teilweise den Landwirten auferlegt werden. Von diesen vorgegebenen Maßnahmen bevorzugen die Landwirte und von ihnen vor allem die älteren, ein festes einzelbetriebliches Stickstoffkontingent,

gefolgt von flächendeckenden N-min-Grenzwerten und Bestandsobergrenzen. Neben Subventionen stellen somit Normen das wichtigste Instrument der Umweltpolitik dar. Handelbare Zertifikate werden lediglich von jüngeren Landwirten in stärkerem Maße präferiert, die Stickstoffsteuer wird kaum gewählt. Die Verteilungswirkungen der Maßnahmen sind als zentraler Bestimmungsfaktor der Maßnahmenpräferenz anzusehen.

Abb. 5: Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffdüngung - Präferenzen der Landwirte unterschiedlicher Altersgruppen



1. Ein einzelbetrieblich festes Stickstoffkontingent von 120 kg N/ha, Wirtschaftsdünger wird berücksichtigt.
2. Einzelbetriebliche Bestandsobergrenzen von 1,5 DE/ha (bei Tierhaltung) (= 2,25 Rinder/ha = 10,5 Mastschweine/ha = 120 kg N/ha).
3. Begrenzung des N-min-Gehaltes im Boden in Höhe von 45 kg N/ha.
4. Stickstoffsteuer: N-Preis 3 DM/kg N, steuerfreie Menge von 80 kg N/ha, Wirtschaftsdünger wird berücksichtigt.
5. Ein Stickstoffkontingent, dessen Mengen zwischen den Betrieben frei gehandelt werden kann: 120 kg N/ha, Wirtschaftsdünger wird berücksichtigt.

Quelle: TEUSCHER, 1993.

2.2 Befragung von landwirtschaftlichen Beratern

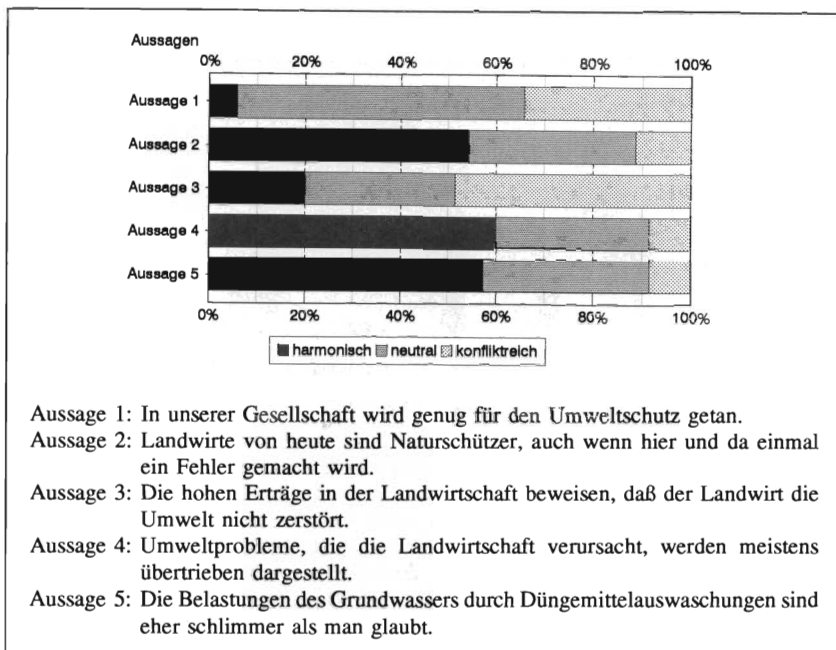
Die Befragung der landwirtschaftlichen Berater beruht auf Interviews mit 36 Beratern aus 12 Landwirtschaftsämtern in Baden-Württemberg (davon mußte 1 Interview abgebrochen werden).

2.2.1 Umweltrelevante Einstellungen der landwirtschaftlichen Berater

Wie Abb. 6 zeigt, wird von der Mehrheit der befragten Berater zwar der Umweltschutz in der Gesellschaft (Aussage 1) bemängelt, die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt aber von den meisten Beratern als konfliktfrei angesehen (Aussagen 2, 4, 5). Lediglich die hohen Erträge werden häufiger kritisch gesehen (Aussage 3). Wie aus weiteren Befragungen (vgl. TEUSCHER, 1993) hervorgeht, konzentrieren sich die von den Officialberatern empfohlenen Lösungsvorschläge für eine Verbesserung des Betriebsmitteleinsatzes

auf eine Intensivierung der Beratung, auf die finanzielle Förderung von Bodenproben und Dunguntersuchungen sowie eine stärkere Schulung der Landwirte. Die Berater befürworten damit Maßnahmen, die eine Ausweitung des Personals und des Budgets ihres Amtes beinhalten.

Abb. 6: Bewertung der Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt durch Berater



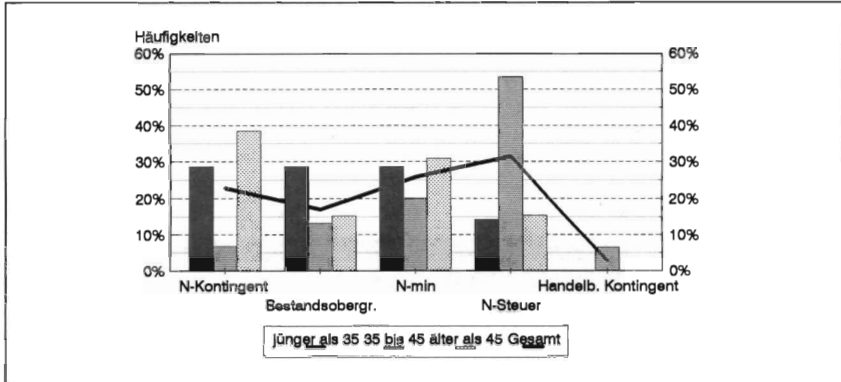
Quelle: TEUSCHER, 1993.

2.2.2 Instrumentelle Präferenzen der landwirtschaftlichen Berater

Von den vorgegebenen Maßnahmen zur Begrenzung der Stickstoffdüngung wird - wie Abb. 7 und 8 verdeutlichen - von den Beratern, insbesondere der mittleren Altersgruppe bzw. von den Amtsleitern, die Stickstoffsteuer bevorzugt, gefolgt von einer flächendeckenden Begrenzung zulässiger N-min-Werte und einem einzelbetrieblich gebundenen Stickstoffkontingent. Die Bevorzugung der Stickstoffsteuer basiert vor allem darauf, daß die Berater die ökonomische Effizienz der Stickstoffsteuer schätzen. Dies geht aus der Bewertung der ökologischen Wirksamkeit, der ökonomischen Effizienz, der politischen Durchsetzbarkeit und administrativen Praktikabilität der Maßnahmen hervor (vgl. TEUSCHER, 1993). Hinzu kommt, daß die Einkommensminderung für die Landwirte durch die teilweise Erstattung der Steuer gemindert wird. Außerdem ist die Bewertung der Stickstoffsteuer vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Berater - wie aus weiteren Fragestellungen hervorgeht (vgl. TEUSCHER, 1993) - ähnlich wie Landwirte - von der Politik Ausgleichszahlungen und Entgelte für die Landwirtschaft erwarten und sie somit aus Gründen der Konfliktvermeidung vorrangig Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen

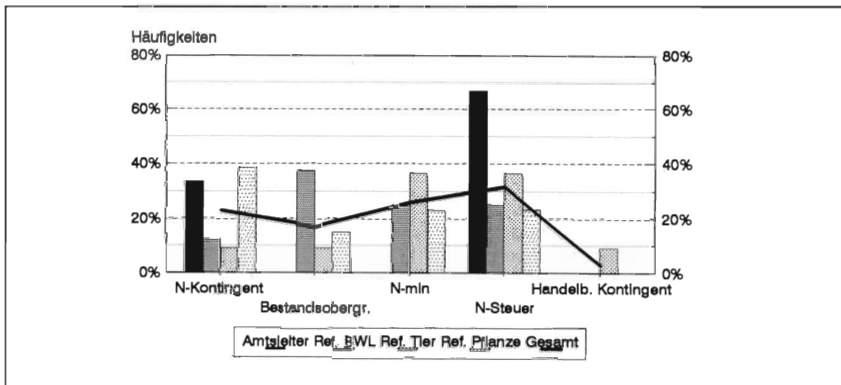
präferieren. Eine flächendeckende Begrenzung der N-min-Werte ist mit umfassenden Kontrollaufgaben verbunden und weitet den Kompetenzbereich der Landwirtschaftsverwaltung, ähnlich wie die Einführung von Kontingenten, aus.

Abb. 7: Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffdüngung - Präferenzen der Berater unterschiedlicher Altersgruppen



Quelle: TEUSCHER, 1993.

Abb. 8: Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffdüngung - Präferenzen der Berater unterschiedlicher Referate



Quelle: TEUSCHER, 1993.

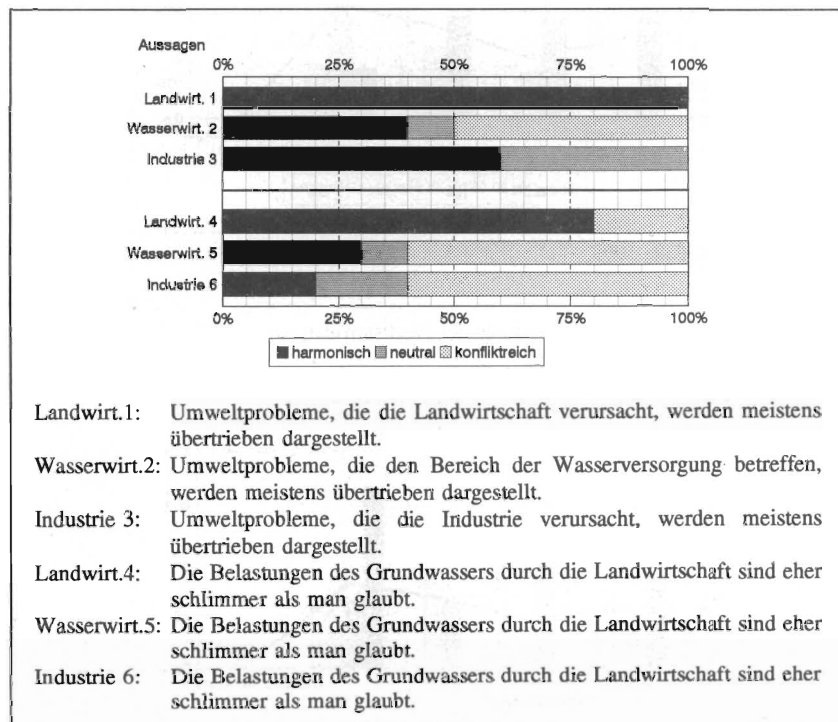
2.3 Befragung von Vertretern von Wirtschaftsverbänden

Die Befragung der Verbände beruht auf 30 Interviews. Jeweils 10 Interviews wurden mit Vertretern von Verbänden der Landwirtschaft, von Verbänden der Wasserwirtschaft und von Verbänden der Industrie geführt.

2.3.1 Umweltrelevante Einstellungen von Vertretern von Wirtschaftsverbänden

Die Verbände wurden zunächst nach der Bewertung der Umweltprobleme gefragt, die durch ihren Wirtschaftsbereich verursacht werden. Wie die ersten drei Aussagen in Abb. 9 zeigen, bewerten die Befragten der landwirtschaftlichen Verbände die Beziehung zwischen der Wirtschaftsweise des von ihnen vertretenen Wirtschaftsbereiches und der Umwelt als weniger konfliktreich als die anderen Wirtschaftsverbände. Die übrigen drei Aussagen beziehen sich auf die Belastungen des Grundwassers durch die Landwirtschaft. Sie werden von den Befragten der Landwirtschaftsverbände weit häufiger verneint als von den Vertretern der Wasserwirtschaft und der Industrie.

Abb. 9: Bewertung der Beziehung zwischen Wirtschaft und Umwelt durch Vertreter von Verbänden



Quelle: TEUSCHER, 1993.

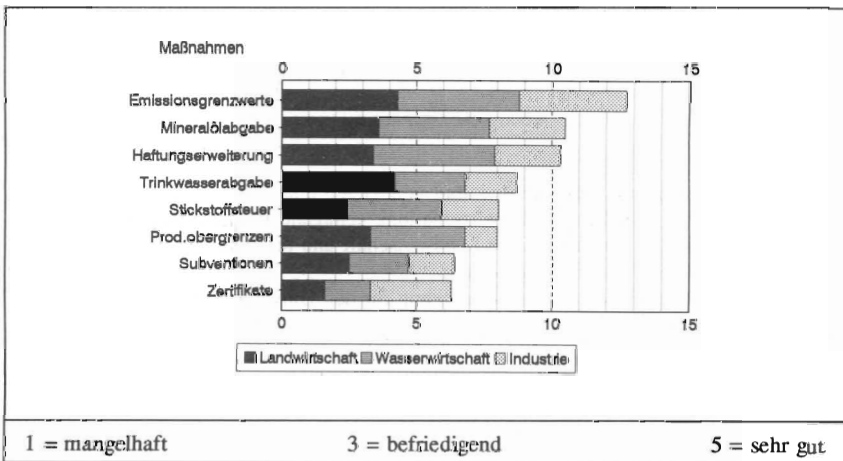
2.3.2 Instrumentelle Präferenzen von Vertretern von Wirtschaftsverbänden

Von den in Abb. 10 vorgegebenen Maßnahmen zur Umweltpolitik werden von den Wirtschaftsverbänden, insbesondere den Vertretern der Wasserwirtschaft, Emissionsgrenzwerte für am besten geeignet gehalten. Von den verschiedenen Abgaben erhält die Mineralölabgabe die beste Beurteilung. Die Vertreter der Landwirtschaft bewerten die Trinkwasserabgabe am besten. Subventionen werden eher zurückhaltend bewertet. Sie tragen dem pri-

mären Ziel von Interessenverbänden, die materiellen Interessen der Verbandsmitglieder am Markt und in der Politik zu sichern und auszuweiten, zwar am stärksten Rechnung, doch mindert die Subventionskonkurrenz zwischen den Verbänden den verbandspolitischen Einfluß. In Verbindung mit Ausgleichszahlungen in Wasserschutzgebieten bzw. für Extensivierungsmaßnahmen werden von den davon begünstigten Wirtschaftsbereichen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft finanzielle Zahlungen des Staates als gerechtfertigt angesehen. Die Vertreter der Industrie lehnen dagegen auch derartige Zahlungen mehrheitlich ab. Zur Verminderung der zwischenverbandlichen Konkurrenz und der politischen Widerstände plädieren die industriellen Verbände eher für Steuererleichterungen und Verbesserungen der Abschreibung (vgl. TEUSCHER, 1993).

Die Vertreter der Landwirtschaft wurden außerdem um eine Bewertung der ökologischen Wirksamkeit, ökonomischen Effizienz, politischen Durchsetzbarkeit und administrativen Praktikabilität der Maßnahmen zur Reduzierung des Stickstoffeinsatzes gebeten. Die ökologische Wirksamkeit wird bei Stickstoffkontingenten und Bestandsobergrenzen am höchsten eingeschätzt, die ökonomische Effizienz und die politische Durchsetzbarkeit bei N-min-Grenzwerten und Bestandsobergrenzen und die praktische Durchführbarkeit bei Bestandsobergrenzen und der Stickstoffsteuer. Der Stickstoffsteuer wird die schlechteste ökonomische Effizienz zugeordnet. Die schwierigste politische Durchsetzbarkeit und schlechteste administrative Praktikabilität wird bei handelbaren Zertifikaten gesehen (vgl. TEUSCHER, 1993).

Abb. 10: Bewertung umweltpolitischer Maßnahmen durch Vertreter von Verbänden



Quelle: TEUSCHER, 1993.

2.4 Befragung von Vertretern der Parteien

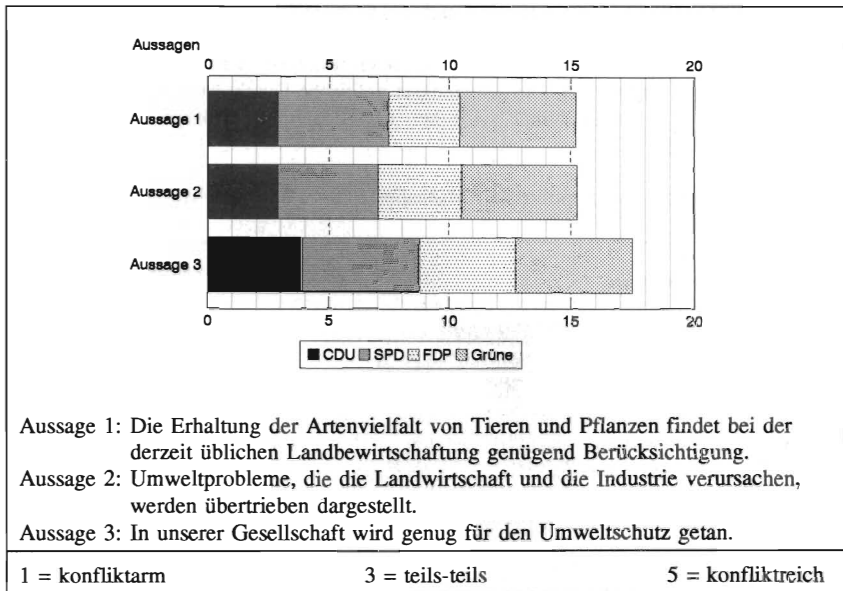
Die Befragung von Vertretern der Parteien beruht auf 21 Interviews mit Politikern der 1991 im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Parteien. Von den 21 Interviews entfielen 8 auf Vertreter der CDU, 7 auf Vertreter der SPD, 2 auf Vertreter der FDP und 4 auf

Vertreter der GRÜNEN. Es wurden nur Mitglieder des Umweltausschusses und des Landwirtschaftsausschusses befragt.

2.4.1 Umweltrelevante Einstellungen von Vertretern der Parteien

Die Abgeordneten der Parteien, vor allem der Partei der GRÜNEN, bewerten - wie Abb. 11 zeigt - die Beziehung zwischen Landwirtschaft bzw. Industrie und Umwelt tendenziell als konfliktbeladen. Noch stärker wird bemängelt, daß in der Gesellschaft nicht genug für den Umweltschutz getan wird (womit die Befragten das Versagen der Politik offenbaren). Die für die Landwirtschaft vergleichsweise günstige Bewertung basiert insbesondere auf der Bewertung der Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses.

Abb. 11: Bewertung der Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt - Bewertung durch Abgeordnete der im Landtag vertretenen Parteien



Quelle: TEUSCHER, 1993.

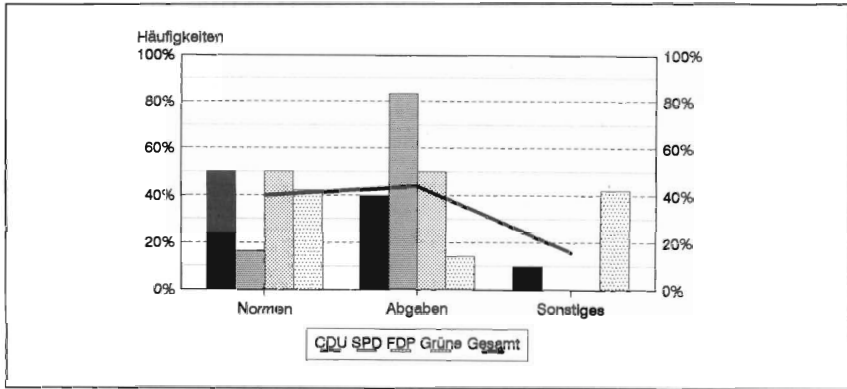
2.4.2 Instrumentelle Präferenzen von Vertretern der Parteien

Als Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes in der Industrie werden - wie Abb. 12 zeigt - von den Vertretern der Parteien, insbesondere von denen der SPD, am häufigsten Abgaben vorgeschlagen, gefolgt von Normen. Die GRÜNEN sprechen sich in starkem Maße für Produktionsverbote (Sonstiges) aus.

Als Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes in der Landwirtschaft präferieren die Vertreter der Parteien, insbesondere die der CDU - wie Abb. 13 zeigt - dagegen am häufigsten

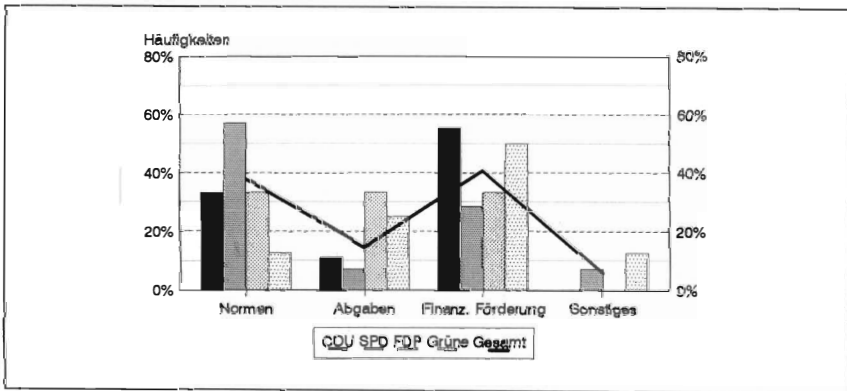
figsten finanzielle Förderungsmaßnahmen, gefolgt von Normen und Abgaben. Die Bereitschaft, die finanziellen Belastungen umweltpolitisch erwünschter Umstrukturierungsprozesse dem Wirtschaftssektor aufzuerlegen, ist also gegenüber der Landwirtschaft deutlich weniger vorhanden als gegenüber der Industrie (Abb. 12).

Abb. 12: Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung des Umweltschutzes in der Industrie von Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien



Quelle: TEUSCHER, 1993.

Abb. 13: Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung des Umweltschutzes in der Landwirtschaft von Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien



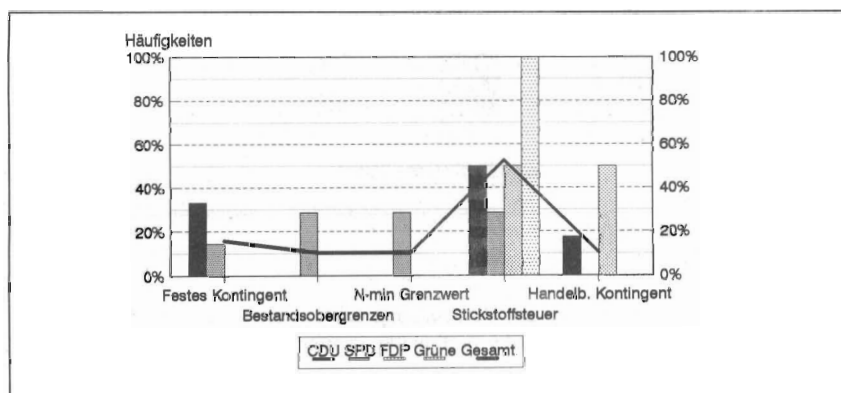
Quelle: TEUSCHER, 1993.

Von den in Abb. 14 vorgegebenen Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffdüngung in der Landwirtschaft wird von den Abgeordneten der Parteien am häufigsten die Stickstoffsteuer präferiert. Dabei ist jedoch wieder zu bedenken, daß die Steuer für 80 kg N/ha erstatet wird.

Die Untersuchung von TEUSCHER (1993) zeigt bei einer Betrachtung der Befragten nach Parteizugehörigkeit und Ausschußmitgliedschaft, daß die instrumentellen Präferenzen der Abgeordneten der verschiedenen Parteien stärker übereinstimmen als die der Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses.

Die Mitglieder des Umweltausschusses bewerten die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt kritischer und stehen dem Einsatz marktwirtschaftlicher Lösungen positiver gegenüber als die des Landwirtschaftsausschusses. Dies bedeutet, daß eine wirtschaftsbranchenunabhängige Institution umweltpolitische Ziele eher verwirklicht und einer Instrumentalisierung umweltpolitischer Maßnahmen zur Festschreibung sektoraler Besitzstände und Einkommensinteressen eher entgegenwirkt als eine branchenspezifische Institution.

Abb. 14: Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffdüngung - Präferenzen der Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien



Quelle: TEUSCHER, 1993.

3. Schlußfolgerungen

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung der umweltrelevanten Einstellungen und instrumentellen Präferenzen der Landwirte, landwirtschaftlichen Berater, der Vertreter von Wirtschaftsverbänden und von Vertretern der politischen Parteien stützen die Theorie der Neuen Politischen Ökonomie, nach der die verschiedenen Gruppen und Institutionen Eigeninteressen verfolgen und damit ihren Nutzen maximieren. Während die Wirtschaftssubjekte und ihre Verbände Rent-Seeking-Prozesse verfolgen und die Politiker primär eine Maximierung der Wählerstimmen anstreben, ist die Administration an einer Ausdehnung ihrer Aufgaben und damit ihres Budgets interessiert. Insbesondere das Verhalten der Politiker und Bürokraten wird dabei in starkem Maße von dem Kriterium Konfliktvermeidung bzw. Konfliktreduzierung bestimmt. Die Hemmnisse bei der Durchsetzung umweltpolitischer Maßnahmen lassen sich auf die allokativen und verteilungspolitischen Wirkungen der jeweiligen Maßnahmen zurückführen, die den Zielvorstellungen der institutionell eingebundenen Individuen nicht entsprechen.

Die Schlußfolgerungen für die praktische Umweltpolitik beinhalten Korrekturen an den institutionellen Bedingungen politischer Entscheidungen. Um zu umweltgerechteren Entscheidungen zu gelangen, sind die gruppen- und branchenspezifischen Interessen zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung umweltpolitischer Interessen zurückzudrängen. Die Einflußmöglichkeiten gruppen- und branchenspezifischer Interessen lassen sich durch eine Änderung parlamentarischer und administrativer Entscheidungsstrukturen mindern. Die Existenz branchenspezifischer Ausschüsse und auch Ministerien - wie der Landwirtschaftsausschuß und das Landwirtschaftsministerium - ist zu hinterfragen (vgl. auch HENZE, 1978). Die Bedeutung und Stellung des Umweltausschusses und des Umweltministeriums wäre zu stärken (vgl. PEHLE, 1988, dessen Betrachtung sich allerdings auf die Gründungsphase beschränkt). Gleichzeitig wäre die Transparenz der Verwaltungsentscheidungen bei der Umsetzung der Umweltgesetze zu erhöhen. Außerdem wäre das agrarpolitische Leitbild eines konventionell bewirtschafteten bäuerlichen Familienbetriebes durch das des umweltverträglich wirtschaftenden Agrarbetriebes (Unternehmers) zu ersetzen (vgl. HENZE, 1987).

Literaturverzeichnis

HENZE, A.: Agrarfinanzierung im Widerstreit von Verteilungs- und Allokationsfunktionen. In: Planung, Durchführung und Kontrolle der Finanzierung von Landwirtschaft und Agrarpolitik. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 15, München 1978.

HENZE, A.: Wirtschaftliche Anforderungen an die Landwirtschaft. In: Landwirtschaft und Umwelt - Fragen und Antworten aus der Sicht der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 23, Münster-Hiltrup 1987.

PEHLE, H.: Das Bundesumweltministerium: Neue Chancen für den Umweltschutz? Zur Neuorganisation der Umweltpolitik des Bundes. In: Verwaltungsarchiv 1988.

TEUSCHER, M.: Politisch-ökonomische Analyse der Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen in der Landwirtschaft. Peter Lang, Frankfurt 1993.